

Gemeindefinanzierung . . .

Fortsetzung von Seite 5

der CDU-Fraktion, Lukas Schaa, begrüßte die angekündigten Änderungen im wesentlichen, betonte jedoch die Verfassungswidrigkeit des von der Landesregierung eingebrachten Änderungsvorschlags zum Ersatzschulfinanzgesetz und kündigte an, die Streichung dieser Vorschrift im Haushaltsfinanzierungsgesetz zu beantragen. Von beiden Fraktionen begrüßt und ohne Änderungen einstimmig angenommen wurde der Entwurf des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern, der die bisher bestehende Rechtsunsicherheit beseitigen soll.

Die vom Städte- und Gemeindebund geforderte Rückwirkung des Gesetzes auf den 1. Januar 1981 wurde zwar diskutiert, aber nicht beantragt, nachdem Staatssekretär Brodeßer die rechtliche Möglichkeit verneint hatte.

Schulausschuß . . .

Fortsetzung von Seite 8

le“ durch das Kultusministerium ein. Demgegenüber hielt die SPD-Fraktion die Herausgabe einer Zeitung für Eltern, Schüler und Lehrer für eine notwendige und objektive Information über schulpraktische und pädagogische Fragen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde bei Enthaltung der CDU-Fraktion eine Reduzierung der Reisekostenvergütungen für die Dienstreisen der Lehrer um eine Million DM beschlossen. Mit den Stimmen aller wurden darüber hinaus folgende Anträge der SPD-Fraktion angenommen:

■ Erhöhung der Förderungsmittel für Silentien um eine Million DM auf 2,95 Millionen DM,

■ Fortfall des Schulversuches „Erprobung und Einführung programmgesteuerter und computerunterstützter Unterrichte“ in Höhe von 1,5 Millionen DM.

Die Reduzierung der Mittel für die überörtliche Arbeit der Schülersvertretung sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion dazu verwendet werden, eine neue Zweckbestimmung „Förderung der überörtlichen Arbeit der Elternvertretungen“ mit einem Ansatz in Höhe von 50000 DM in den Haushalt einzustellen. Nach ihrer Auffassung benötigten die Elternvertretungen, insbesondere die Hauptschul-eltern, eine finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit. Demgegenüber wies die SPD-Fraktion auf die seit Jahren gegebene Begründung hin, daß nicht jedes freiwillige und wünschenswerte sachliche Engagement von Bürgern finanziell durch den Staat unterstützt werden könne.

Ein von der SPD-Fraktion abgelehnter Antrag der CDU-Fraktion hatte folgenden Inhalt: Erhöhung des Ansatzes um 500000 DM auf 949500000 DM zur Verbesserung des Stellenschlüssels für Fachlehrer (Werkstattlehrer) zwischen den Besoldungsgruppen A 9 und A 10. Damit sollten nach Auffassung der CDU-Fraktion in der Gruppe A 10 Fachlehrer (Werkstattlehrer) 348 Stellen „entsperrt“ werden. Nach Auffassung der SPD-Fraktion weist der Entwurf des Haushaltsplans 1982 bereits die möglichen Beförderungssämter aus.

Porträt der Woche



Wilhelm Lieven (CDU)

Er zählt zu jenen letzten vier Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag, die noch den Acker pflügen und das Feld bestellen: Wilhelm Lieven aus Titz legt noch die Hand an auf seinem Hof. Schon als Junge hat der heute 47jährige Landwirt auf dem elterlichen Anwesen, der „Spieler-Mühle“ zugespäckt, seit längerem versucht der CDU-Abgeordnete darüber hinaus die Interessen der in der Landwirtschaft tätigen Menschen und der Region in den verschiedensten Gremien mit Erfolg zu vertreten. „Mein Herz schlägt für die Landwirtschaft“, räumt denn auch Wilhelm Lieven freimütig ein.

Bereits mit 24 Jahren wurde er Vorsitzender der Ortsbauernschaft Titz-Spiel. Das Vertrauen seines Berufsstandes führte den Landwirt mit viel Energie und realistischem Weitblick zu weiteren Aufgaben und Ämtern: stellvertretender Vorsitzender der Kreisbauernschaft Düren/Jülich, Kreislandwirt und Mitglied des Hauptausschusses der Landwirtschaftskammer Rheinland sind nur einige von vielen Stationen.

Den Weg zur CDU fand Wilhelm Lieven 1964, nachdem er bereits zuvor viele Jahre mit der Jungen Union sympathisiert hatte. Als er 1968 in den Titzer Rat kam und ein Jahr später Bürgermeister der Gemeinde wurde, stand der Raum vor der kommunalen Neuordnung mit all ihren Problemen. Viel Fingerspitzengefühl und Argumentation bedurfte es in den folgenden Jahren, die teilweise unterschiedlichen Interessen der in sich geschlossenen Gemeinden und Ortschaften auszugleichen. Wenn heute mit einer Zunge gesprochen wird, so ist es zweifellos ein Mitverdient des weiterhin amtierenden Bürgermeisters. Als Kreistagsmitglied fühlte sich der Kommunalpolitiker verpflichtet, auch die Integration der ehemals selbständigen Kreise Jülich und Düren zu forcieren. Wer heute durch diesen Raum fährt erlebt, wie der Braunkohle-Tagebau immer mehr Raum in Anspruch nimmt. „Jeden Tag geht irgendeine landwirtschaftliche Fläche verloren“, registriert Wilhelm Lieven. Insgesamt 350 Höfe werden der Braunkohle weichen müssen, nur wenige der betroffenen Bauern werden sich wieder auf ähnlich großem Ersatzland ansiedeln können. Diesen unfreiwillig in Existenznot geratenen Menschen widmet sich der CDU-Landtagsabgeordnete mit Rat und Tat. Die Umsiedler, die die Landwirtschaft weiter betreiben können, müssen meist durch Hinzunahme eines zweiten Veredlungszweiges ihre

Zukunft zu sichern versuchen. Viele andere aber, vor allem junge Bauernsöhne, werden sich einem neuen Beruf zuwenden müssen. Der Kreislandwirt lobt in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit der Braunkohle-Gesellschaft, wo manch einer der vom Tagebau verdrängten Bewohner eine neue Existenz gefunden hat. „Wir können nicht immer auf die Industrie-Giganten schimpfen.“

Der Agrarausschuß der rheinischen CDU, dessen Vorstandsmitglied Wilhelm Lieven ist, hat ihn 1980 für einen sicheren Listenplatz empfohlen. Heute gehört der Abgeordnete dem Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft an und ist gleichzeitig stellvertretendes Mitglied der Ausschüsse für Landesplanung und Verwaltungsreform sowie für Grubensicherheit. Als engagierter Kommunalpolitiker möchte er in Fraktion und Ausschüssen dazu beitragen, daß das politische Handeln von Regierung und Parlament bürgerfreundlich und nachvollziehbar für die Gemeinden ist. „Vor jeder Entscheidung muß die Diskussion mit dem Bürger stehen.“ Ein solches Verhalten räumt nach seiner Ansicht auch Mißverständnisse und nicht selten Bedenken fort. So gelang es ihm beispielsweise in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landschaftsbeirates die Zustimmung aller Betroffenen für einen der ersten Landschaftspläne im Land zu finden. Verwurzelt mit der Scholle, hat das Wort Heimat für den Vater von vier Kindern einen unverminderten Wert. „Wir müssen uns darauf wieder mehr besinnen.“ Dazu zählt für den CDU-Politiker auch die Pflege des Brauchtums, der Nachbarschaft. Der tägliche Kontakt mit dem Bürger ist für Wilhelm Lieven keine „Pflichtaufgabe“, sondern ein natürliches Bedürfnis.

Jochen Juretko